

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger:
Riesauer Tageblatt
Gemeinschaft
Riesau Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach:
Riesau 1580.
Groszkauer
Riesau Nr. 22.

Nr. 88.

Dienstag, 16. April 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Gegenüber, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgeld. Für den Rest des Jahres sind die Preise von Verhandlungsbedingungen, Bedingungen der Abnahme und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachsteuerung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesabends sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20. Nummer 1 Mark, für jede nachfolgende Seite 1/2 Mark. Die 20. Nummer 100 Gold-Pfennige; zehnteljährlicher Satz 10 Mark, vierteljährlicher Satz 25 Mark, halbjährlicher Satz 45 Mark, jährlicher Satz 80 Mark. Zusätzliche Unterhaltungsbeiträge sind nach Vereinbarung zu zahlen. — Im Falle eines Krieges ohne jegliche irgendwelcher Artungen des Betriebes der Druckerei, der Druckerei oder der Verlagsanstalt — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionsbüro und Verlag: Riese & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzschke 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilsmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das „Nein“ Dr. Schachts.

Wer man schon seit Wochen auf einen für die deutsche Wirtschaft kaum tragbaren Vorschlag der Alliierten Sachverständigen geht, so übertrug das der deutschen Delegation überreichte Memorandum der Alliierten die schlimmsten Erwartungen. Das zahlenmäßig kaum nennenswerte Zugeständnis der Gläubiger wird glatt aufgehoben durch die ungezügeltste Forderung des Transferklausels und die Kommerzialisierung der Reparationen. Man wäre sogar versucht, zu sagen, daß unter diesen Umständen dem letzten „Angebot“ der Alliierten noch die bisherige Regelung auf der Grundlage des Dawesplanes vorzuziehen wäre. Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Führer der deutschen Delegation, Dr. Schacht, in der Montagabend-Sitzung der Sachverständigenkonferenz aus Klipp und Klar erklärt, daß die Fiktion des Memorandums für Deutschland unannehmbar ist und eine etwaige Diskussion auf dieser Basis nicht in Frage kommen könne. Damit ist die deutsche Stellungnahme eindeutig erklärt und diejenigen, welche an einem Umsturz Dr. Schachts geglaubt haben möchten, dürften darüber eines Besseren belehrt sein. Auf alliiertem Seite scheint man auch die Unhaltbarkeit der deutschen Ablehnung erkannt zu haben und drückt sich annehmend auch nicht daran, dem Memorandum den Charakter eines Ultimatums zu geben. Wäre dem so, dann hätten die deutschen Delegierten wohlweislich sofort den Konferenzsaal verlassen und ihre Köpfe gewaschen. Da aber nach den uns vorliegenden Informationen immer noch eine, wenn auch nur geringe, Aussicht auf Verständigung besteht, ist auf Dienstag vormittag 11 Uhr eine neue Sitzung der Sachverständigenkonferenz einberufen worden. Daraus kann geschlossen werden, daß die alliierten Sachverständigen und namentlich ihr führender amerikanischer Teil einen weiteren Vorschlag in dieser Richtung haben, mit dem man vielleicht schon in der Dienstag-Sitzung herausstreiten wird. In manchen Kreisen hört man in diesem Zusammenhang auch von einer bereits im Gange befindlichen Intervention der amerikanischen Regierung in Paris, doch ist es ratsam, auch darauf keine Fäden zu bauen, denn es muß einmal ausgesprochen werden, daß die Höhe der alliierten Forderungen nicht zuletzt auf die Zahlungsunfähigkeit Amerikas hinberuht. Die Schuld seiner ehemaligen Alliierten zurückzuführen werden muß. Würde die amerikanische Finanzwelt in dieser Frage etwas mehr Realismus zeigen, so hätte dies eine wesentliche Erleichterung der Lösung des Reparationsproblems zur Folge. Wir glauben deshalb, daß das Schwergewicht der Entscheidung nicht bei England oder Frankreich, sondern vornehmlich bei Amerika liegt. Jedenfalls befindet sich die Pariser Konferenz augenblicklich auf ihrem Höhepunkt, von wo es entweder eine Klärung im positiven Sinne oder den unhaltbaren Sturz in die Tiefe gibt. Das letztere würde nicht nur für die deutsche, sondern auch für die europäische Wirtschaft eine Katastrophe bedeuten, denn die Rückkehr Deutschlands zum Dawesplan könnte nichts mehr bedeuten, als der Welt, selbst auf die Gefahr einer völligen Ruinierung der deutschen Wirtschaft, den Beweis für die Unerschütterlichkeit der alliierten Reparationsforderungen zu liefern.

Auch das sächsische Landvolk für die Einheitsfront.

Aufruf für die Landtagswahl.

Der Vorsteher des Sächsischen Landvolkes, Landtagsabgeordneter Schreiber, wendet sich mit einem Aufruf an das sächsische Landvolk, in dem er u. a. sagt: „Wir, das Landvolk, haben für uns jederzeit das Wohl des Staats an als oberste Richtschnur gelten lassen und werden das auch bei der Einsetzung zur bevorstehenden Landtagswahl tun. Das ist eine unbedingte Notwendigkeit, da bei der radikalen politischen Einstellung eines großen Teiles des sächsischen Volkes dem Staat und der Wirtschaft im allgemeinen wie auch auf kommunalpolitischem Gebiete die größten Gefahren drohen. Die systematische Ferkelungs- und Unterdrückungspolitik der marxistischen Parteien zwingt uns, jedes verfassungsmäßige mögliche Mittel zu ergreifen, das geeignet ist, die vor dem Zusammenbruch stehende Landwirtschaft zu schützen. In einer Einheitsfront mit den übrigen Landwirtschaftlichen Kreisen unseres Volkes gilt es diesen Kampf gegen den inneren Feind zu führen. Was eine marxistische Antismehrheit für die ruhige Entwicklung des Landes und besonders für die Wirtschaft bedeutet, ist Aufgabe weiterer Aufklärungsarbeit in den nächsten Wochen. Vor kurzem erst haben sich die Bauern im großen deutschen Vaterlande zu gemeinsamer Front zusammengeschlossen. Der Ausdruck dieses Einheitsgedankens und der Schicksalsverbundenheit ist auf Grund einstimmigen Beschlusses der Vertreterversammlung des Sächsischen Landvolkes für die sächsische Landtagswahl die Liste „Sächsisches Landvolk“.

Noch kein Verhandlungs-Abbruch in Paris.

Schacht stellt Fragen zur Klärung der Alliierten-Forderung.

Die Vollendung der Reparationskonferenz.

Paris. In der gestrigen Vollendung der Reparationskonferenz, die von 11 bis 12 1/2 Uhr dauerte, wurde über den Charakter und die Bedeutung des am Sonnabend von den Delegierten der vier Hauptreparationsberechtigten Länder der Konferenz übergebenen Memorandums diskutiert. Dabei hat die Konferenz festgestellt, daß es sich weder um ein Ultimatum noch um eine Diskussionsgrundlage handelt, sondern nur um einen interessanten Beitrag zum Konferenzthema. Es ist zu erwarten, daß noch weiteres Material zur Klärung des Problems der Konferenz übermitteln wird.

In der gestrigen Sitzung hat die deutsche Delegation darüber keinen Zweifel gelassen, daß die in dem Memorandum der vier Hauptreparationsberechtigten angeführten Zahlen als solche für sie nicht annehmbar sind. Es sind im Laufe der Sitzung eine Reihe von Fragen gestellt worden, auf die im Laufe des Nachmittags eine schriftliche Antwort ausgearbeitet werden sollte, die als Unterlage für die weitere Diskussion in der nächsten auf heute vormittag angelegten Sitzung dienen soll. Von dem Plan einer Veröffentlichung des Memorandums ist vorläufig Abstand genommen worden.

Von deutscher Seite wurden im Laufe der Sitzung eine Reihe von Fragen vorgebracht, die vor allem Fragen der Zusammenfassung der von den Alliierten genannten Zahlen betreffen. Diese Fragen werden Dienstag vormittag beantwortet werden. Es wird dann die zweite alliierte Delegation das gleiche Schicksal teilen, wie der von den Alliierten vor Oftern überreichten ersten Denkschrift, bei der gleichfalls in Frage und Antwort der Inhalt näher erläutert wurde.

Die Absicht der Veröffentlichung, für die am Sonnabend die Franzosen eintraten, ist von der Konferenz fallen gelassen worden, da man allgemein annahm, daß Herdbruch der Denkschrift eine zu große Bedeutung beilegt werden würde.

Eine Veröffentlichung erwies sich auch infolgedessen als unzulässig, weil das Wesentliche über die Zahlen durch die Presse bekanntgemacht ist. Bedeutungslos scheint es auch, daß die Alliierten in ihrer Denkschrift keine Mindestforderungen angeführt haben, sondern, daß sie sich in den weiteren Verhandlungen, insbesondere mit der Fiktion auseinandersetzen lassen wollen.

Ueber das kritische Stadium der Reparationsverhandlungen.

London. In einem „Ein kritisches Stadium“ überschriebenen Leitartikel führt Times aus: Der Ausbruch der Reparationsverhandlungen hat in seinen Beratungen den kritischen Punkt erreicht. Die Vorschläge der Gläubigerstaaten dürfen natürlich nicht als „endgültiges Angebot“ der Alliierten angesehen werden und noch weniger als Ultimatum. Sie sind hauptsächlich anzusehen als Grundlage für weitere Überlegungen in den Verhandlungen des Amsterdams. Sollte man auf den Dawesplan zurückkommen, so würde dies tatsächlich etwas bedeuten, was von einer einfachen Rückkehr zum status quo ante sehr verschieden ist. Es kann angenommen werden, daß niemand klarer als Dr. Schacht selbst nicht nur den unvermeidlichen Schaden für den deutschen Kredit bei einer Weiterung, die alliierten Vorschläge zu berücksichtigen, begreift, sondern auch die Vorteile einer dauernden Regelung, die den deutschen Verpflichtungen auf Grund des Versailles Vertrags eine endgültige Grenze setzt. Wie groß auch die Schacht ist, dem bisher die Transferklausel des Dawesabkommens hat, so muß doch klar sein, daß sich das Kreditgefühl der deutschen Wirtschaft zum großen Teil auf dem Vertrauen der ausländischen Geldgeber gründete. Wenn dieses Vertrauen untergraben würde, und dies würde fast unvermeidlich sein, falls Deutschland eine Regelung ablehnte, die in den Augen der Welt kaufmännisch erscheint, so würde auch der Durchbruch der Transferklausel gewährte Schutz von sehr geringem Nutzen sein. Times schließt: Man

Das Ergebnis der Brager Funkkonferenz.

Berlin. In der Kommission für Wellenverteilung auf der Brager Funkkonferenz, die vom 4. bis 13. April d. J. tagte, kam eine Einigung darüber zustande, daß der Frequenzabstand für alle Sender unter 550 m Wellenlänge auf 9 Kilohertz festgelegt wird. Die Zahl der deutschen Einzelwellen bleibt unverändert. Deutschland erhält nach dem schon bekanntgegebenen neuen Wellenverteilungsplan von Brag die Wellen 533, 473, 418, 390, 372, 300, 325, 276, 250, 233, 239 und 227 Meter. Für den Deutschlandsender ist die Welle 1635 Meter vorgesehen. Der Brager Wellenplan soll am 30. Juni in Kraft treten. Wesentlich für diese europäische Wellenregelung ist der Umstand, daß auch die bisher außerhalb des Brager Planes arbeitenden Länder (z. B. Frankreich) mit ihren Funkdiensten in dem neuen Plan untergebracht sind.

darf alle Hoffnung hegen, daß Dr. Schacht und seine deutschen Kollegen nach reiflicher Überlegung die Gelegenheit ergreifen werden, um eine endgültige Regelung zu erzielen, die dieses schwierige Problem der Reparationen aus der Sphäre der Politik auf das nächstern, praktischere Gebiet der internationalen Finanzen verschiebt.

London. Times meldet aus Paris: Sollte das Reparationsmemorandum der Alliierten von Deutschland abgelehnt werden, so wird es von den Alliierten zur Darlegung ihres Standpunktes veröffentlicht werden. Von unterrichteter Seite verlautet, daß das Memorandum, obgleich es nicht als ein Ultimatum angesehen werden sollte, die Erklärung enthält, daß die Alliierten die im Memorandum enthaltenen Forderungen als eine „angemessene Last“ ansehen und daß, wenn die geltend gemachten Ansprüche nicht grundsätzlich von den deutschen Delegierten angenommen werden, kein anderes Verfahren übrig bleibt, als zum Dawesplan zurückzuführen und die Zahl der Annuitäten festzusetzen. Dies würde jedoch, wie Times meint, nicht die Tür zu einer von Dr. Schacht vorzuschlagenden Neuregelung der Annuitäten verschließen. Die Transferklausel werde, wenn der neue Plan angenommen werde, abgeschafft, und durch ein zweijähriges Moratorium ersetzt werden.

Die französische Presse

Über den Stand der Reparationsverhandlungen.

Paris. Die Morgenpresse beurteilt die Lage bei den Verhandlungen der Reparationsverhandlungen ungünstiger als gestern. So erklärt beispielsweise das Journal, daß die Vorschläge lediglich als ein Ausnahmepunkt zu bezeichnen seien. Man habe immer einen Rückhalt vorausgesetzt. Sei es im übrigen nicht immer so gewesen, daß der Schuldner, um Angehörigkeiten zu erhalten, das Besondere erbe, er breche unter seiner Last zusammen? Im allgemeinen erwarte man, nachdem die deutsche Delegation sich geäußert haben werde, ein Eingreifen des amerikanischen Vorschlags der Reparationskonferenz, Owen Young.

Es behauptet, daß dieser schon vor längerer Zeit ein Memorandum ausgearbeitet habe, in dem die niedrigsten deutschen Zahlungsangebote, die überhaupt annehmbar seien, festgelegt werden. Es behauptet, daß die Alliierten sich für den Augenblick zeigen sich die meisten zufriedenen Persönlichkeiten ziemlich pessimistisch, sogar Owen Young beweist einen glücklichen Ausgang der Debatte. Auf der Gläubigerseite erkennt jetzt jeder an, daß diese Konferenz leider ein Jahr zu früh zusammengetreten ist. Unter den gegenwärtigen Umständen berieten sich die Deutschen darauf, daß das Experiment des Dawesplanes nicht lange genug durchgeführt worden sei. Diese Beweisführung hätten sie so geschickt angewandt, daß sie in der Auffassung vieler Leute, namentlich in Amerika, die Wirksamkeit des Systems vom Jahre 1924 in Mitleidenschaft gebracht hätten. Da der Dawesplan sehr viele schwache Punkte habe, die nur durch die finanzielle Hilfe Amerikas abgefedert werden können, wüßten die Gläubiger Deutschlands nicht, zu welchem Zahlungsplan sie gelangen würden, wenn die Sachverständigenkonferenz eine schlimme Wendung nähme.

Deutsches schreibt: Wenn Deutschland die Rechnung zu begleicht erachtet, möge es sich an die dafür verantwortlichen Vereinigten Staaten von Amerika halten. Europa kann sich nicht wirklich nicht großmütiger gegenüber Deutschland zeigen.

Amstertien führt aus: Die Haltung der amerikanischen Delegierten läßt keineswegs Verubigung ein. Alles deutet nämlich darauf hin, daß sie sich vorbehalten haben, von ihren ehemaligen Alliierten, also auch von Frankreich, ein neues Opfer und zwar wahrscheinlich ein sehr großes, zu verlangen. Wird Frankreich es bringen und es bringen können? Ist diese Haltung der Vereinigten Staaten politisch richtig und ist sie gerecht? Glaubt die französische Regierung nicht, daß sie zu Beginn der großen Verhandlungswoche das Land über ihre Forderungen unterrichten und ihm die Gründe für die Aufrechterhaltung oder Herabsetzung dieser Forderungen angeben muß?

Einigung in Mecklenburg-Strelitz.

Berlin. Die Bemühungen des nach Neustrelitz entlandten Reichsbeauftragten Dr. Hänischel haben gestern zu dem Ergebnis geführt, daß sich die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, der Deutsche Bauernbund, die Volkrechtspartei und die Partei für Handwerk und Gewerbe zu einer Koalition zusammengefunden haben, die mit Ausnahme der Deutschen Nationalen, der Völkischen und der Kommunisten sämtliche Parteien des Landtages umfaßt. Die sozialdemokratische Fraktion wird den Staatsminister stellen, die übrigen unter der Führung der Volkspartei und der Demokraten zusammengefaßten Parteien werden dem Minister zwei parlamentarische Ministerialdirektoren beibringen.